



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**28. Sitzung des Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.02.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:26 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Peter Petereit - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Ulrich Krause - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		bis TOP 12.2 / 18:15 Uhr
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Heiko Steffen - AfD		Vertretung für: Herrn David Jenniches; anwesend bis TOP 5.7 / 17:32 Uhr
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Katjana Zunft - Die Linke		
Lothar Möller - BfL		
<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		bis TOP 5.7 / 17:32 Uhr
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL		
Thomas-Markus Leber - FDP		
<b>Verwaltung</b>		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		

Senator Ludger Hinsen - FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Jörg Blank - 1.203-Beteiligungscontrolling	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Karl-Heinz Bresch - 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:53 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Dr. Jan-Dirk, Verwey - 3.700 EBL	zu TOP 5.6 / 16:38 Uhr
<b>Protokollführung</b>	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
<b>Sonstige Personen</b>	
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:53 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:53 Uhr
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Götz Gebert - Seniorenbeirat	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:53 Uhr
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
David Jenniches - AfD	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf die Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) zu den vertraglich geregelten Naturschutzmaßnahmen auf dem Priwall	<b>VO/2020/08583</b>
3.2	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): "Fußgänger*innenampelanlagen"	<b>VO/2019/08260</b>
3.2.1	Antwort auf die Anfrage des AM Katjana Zunft (DIE LINKE) betr. Fußgänger*innenampelanlagen	<b>VO/2020/08589</b>
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Netzentgelte in Lübeck	<b>VO/2020/08585</b>
3.4	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter- WLAN-Angebot Lue Connect	<b>VO/2019/08483</b>
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) zum WLAN-Angebot "Lue Connect"	<b>VO/2019/08483-01</b>
3.5	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"	<b>VO/2020/08691</b>
3.6	Anfrage der Ausschussmitglieder Birte Duggen und Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Förderung für Investitionen in Elektromobilität	<b>VO/2020/08697</b>
3.7	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Einsparungen bei sozialen Trägern	<b>VO/2020/08713</b>
3.8	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die öffentliche Auslegung der Kandidatenliste zur Wahle des Behindertenbeirates	
3.9	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Entwicklung des Elbe-Lübeck-Kanals	
3.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. den Sachstand des Feuerwgerätehauses Kronsforde	

3.11	NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland	
3.12	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. die Terminvereinbarung zur in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.02.2020 beantragten Akteneinsicht	
3.13	NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. das Stellen von Anträgen auf Akteneinsicht	
4	Berichte	
4.1	Schaffung einer kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft	<b>VO/2019/08003</b>
4.2	Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine überplanmäßige Bewilligung im Produkt 311001 Grundversorgung und Hilfen SGB XII in Höhe von 1.500.000 EUR	<b>VO/2020/08603</b>
4.3	Sachstandsbericht i.S. ehemaliger KGV Am Spargelhof (VO/2019/07265)	<b>VO/2019/08479</b>
4.4	Aktueller Planungsstand zum Bauvorhaben "Neugestaltung Travepromenade"	<b>VO/2019/08465</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Jahresabschluss 2013 der Stiftung Haus der Jugend	<b>VO/2019/08474</b>
5.2	Jahresabschluss 2012 der Stiftung Vereinigte Testamente	<b>VO/2019/08477</b>
5.3	Wahl einer Schiedsfrau im Bereich der Hansestadt Lübeck, Bezirk XII (Moisling)	<b>VO/2020/08617</b>
5.4	17. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung 16. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2020/08573</b>
5.5	Vorlage "Benutzungs- und Gebührensatzung für Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck"	<b>VO/2019/08454</b>
5.6	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Anschluss- und Ausbaubeiträgen der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2019/08498</b>
5.7	Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet der Lübecker Altstadt und zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Erhaltung baulicher Anlagen im Stadtteil Innenstadt (Gebiet Altstadt) vom 28.02.1979	<b>VO/2019/08462</b>

5.7.1	Austauschantrag AM Prieur (CDU): Änderungsantrag zu VO/2019/08462 Erhaltungssatzung Lübecker Altstadt	<b>VO/2020/08730-01</b>
5.8	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme "Ausbau der Grapengießerstraße" nördlich der Lohgerberstraße	<b>VO/2019/08464</b>
5.9	Projektfreigabe zur Umsetzung eines Anbaus an die Werkstatthalle der Emil-Possehl-Schule, Georg-Kerschensteiner-Straße 27 in 23554 Lübeck, über 175.000,- EUR	<b>VO/2020/08576</b>
5.10	BW 136 Holstenhafenbrücke Instandsetzung - Projektfreigabe	<b>VO/2020/08580</b>
5.11	BW 047 Bahnhofsbrücke - Ertüchtigung Lohmühle: Projektfreigabe und Aufhebung eines Sperrvermerkes	<b>VO/2020/08586</b>
5.12	BW 045 Josephinenstraßenbrücke II Überbauerneuerung - Projektfortführung	<b>VO/2020/08587</b>
5.13	Austauschvorlage zur VO/2019/08473: Vergabe der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr in der Hansestadt Lübeck (ÖPNV) Hier: öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)	<b>VO/2020/08633</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU - TOP 3.6/VO 8697

Anfrage von AM Birte Duggen und Dr. Axel Flasbarth betr. Förderung für Investitionen in Elektromobilität

NEU - TOP 3.7/VO 8713

Anfrage von AM Katjana Zunft betr. Einsparungen bei sozialen Trägern

NEU - TOP 5.7.1/VO 8730

Änderungsantrag von AM Oliver Prieur betr. Erhaltungssatzung Lübecker Altstadt (VO 8462)

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es im Büro der Bürgerschaft aufgrund von Krankheit personellen Engpässe gebe. Die Fraktionen werden daher gebeten, Anträge für die kommende Sitzung der Bürgerschaft möglichst bis spätestens zum morgigen Tag einzustellen.

Des Weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, dass derzeit interfraktionell, sowie im Ältestenrat abgestimmt werde, ob in der kommenden Sitzung der Bürgerschaft eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer in Hanau abgehalten werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Dr. Verwey zu TOP 5.6 anwesend sei und für Fragen zur Verfügung stehe. Aufgrund eines bestehenden Anschlusstermins bei Herrn Dr. Verwey, empfiehlt der Vorsitzende die Änderung der Tagesordnung. Die Beratung zu TOP 5.6 sei im Anschluss an TOP 2.1 vorzunehmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Änderung der Tagesordnung zu.***

Herr Bürgermeister Lindenau meldet Frau Senatorin Weiher als entschuldigt für die Teilnahme an der heutigen Sitzung ab.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung***

des TOP 11.1 zu.

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.2 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.2.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.**

<b>zu 2</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift</b>
-------------	--------------------------------------

<b>zu 2.1</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2020</b>
---------------	---

Herr Stolzenberg merkt zur Protokollierung zu TOP 3.7 an, dass Herr Bürgermeister Lindenau eine schriftliche Beantwortung der mündlichen Anfrage zugesagt habe. Herr Stolzenberg bittet um entsprechende Ergänzung der Niederschrift.  
Der Vorsitzende sagt eine entsprechende Ergänzung der Niederschrift zu.

**Die Niederschrift ist damit in geänderter Fassung festgestellt.**

<b>zu 3</b>	<b>Anfragen / Antworten / Mitteilungen</b>
-------------	--

**zu 3.1 Antwort auf die Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) zu den vertraglich geregelten Naturschutzmaßnahmen auf dem Priwall  
Vorlage: VO/2020/08583**

Keine Wortmeldung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): "Fußgänger\*innenampelanlagen"  
Vorlage: VO/2019/08260**

**zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage des AM Katjana Zunft (DIE LINKE) betr. Fußgänger\*innenampelanlagen  
Vorlage: VO/2020/08589**

Keine Wortmeldung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Netzentgelte in Lübeck  
Vorlage: VO/2020/08585**

Die Antwort zu dieser Anfrage liegt im nichtöffentlichen Teil vor.

**zu 3.4 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter- WLAN-Angebot Lue Connect**  
**Vorlage: VO/2019/08483**

**zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) zum WLAN-Angebot "Lue Connect"**  
**Vorlage: VO/2019/08483-01**

Eine Nachfrage von Herrn Fürter, weshalb der Hansestadt Lübeck bisher trotz Bürger-schaftsbeschluss die Umsetzung eines kostenlosen WLAN-Angebotes nicht gelungen sei, beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass im Hause der Hansestadt Lübeck nicht die erforderlichen Kompetenzen zur Einführung eines öffentlichen WLAN vor-handen seien.

Weiterhin führt Herr Bürgermeister Lindenau auf weitere Nachfrage von Herrn Fürter erläu-ternd aus, dass die einzelnen Tätigkeiten der Stadtwerke Lübeck in dessen Gremien - Auf-sichtsrat und Gesellschafterversammlung – beschlossen werden. Sofern es dazu Beschlüs-se der Bürgerschaft bedürfe, werde die Bürgerschaft entsprechend eingebunden.

Bezug nehmend auf die Digitale Strategie seien gegenwärtig in Abstimmung zwischen Ge-sellschaftern und Aufsichtsrat die Eckpunkte vereinbart, welche im Rahmen der Digitalen Strategie benannt worden seien. Dort seien mehrfach die Stadtwerke Lübeck bzw. Tochter-unternehmen aufgeführt.

Es sprechen Herr Fürter und Herr Bürgermeister Lindenau.

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die in der Antwort zu Frage 8 aufgeführte Da-tenenerhebung verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf den letzten Absatz der Antwort.  
 Es sprechen der Vorsitzende und Frau Duggen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-NEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"**  
**Vorlage: VO/2020/08691**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Anfrage der Ausschussmitglieder Birte Duggen und Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Förderung für Investitionen in Elektromobilität  
Vorlage: VO/2020/08697**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass die in der Anfrage benannte Förderrichtlinie Elektromobilität im Anhang eine abschließende Liste enthalte, in welcher alle antragsberechtigten Kommunen aufgeführt seien. In Schleswig-Holstein sei einzig die Stadt Kiel antragsberechtigt.

Im Weiteren verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf den Bericht VO/2018/06338.

Herr Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung der Fragen 6 bis 9 der Anfrage.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.7 Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Einsparungen bei sozialen Trägern  
Vorlage: VO/2020/08713**

Frau Zunft bittet um direkte mündliche Beantwortung der Anfrage in der heutigen Sitzung.

Hintergrund sei ein Schreiben an die sozialen Träger, nach welchem eine Entscheidung von diesen bis Ende Februar gefordert werde.

Es stellt sich heraus, dass das von Frau Zunft benannte Schreiben seitens des Paritätischem Wohlfahrtsverbandes versandt wurde mit eigener Fristsetzung.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass vorgesehen sei, für die Sitzung der Bürgerschaft im März ein Konzept vorzulegen.

Auf Nachfrage von Frau Zunft betreffend die Statthaftigkeit der außerordentlichen Kündigung der Budgetverträge teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Budgetverträge zum Ende dieses Jahres auslaufen.

Es sprechen der Vorsitzende und Herr Senator Schindler.

Auf Nachfrage von Herrn Kleyer teilt Herr Senator Schindler mit, dass vorgesehen die Vorlage bereits für die nächste Sitzung des Sozialausschusses angekündigt sei.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die öffentliche Auslegung der Kandidatenliste zur Wahle des Behindertenbeirates**

Herr Prieur bittet um Mitteilung, wo und wann die Kandidatenliste zur Wahl des Behindertenbeirates veröffentlicht sei.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass laut der Homepage der Hansestadt Lübeck die Listen im Rathaus, sowie im Verwaltungszentrum Mühlentor ausgelegt seien. Eine umgehende Überprüfung durch Herrn Klüssendorf bestätigte das Ausliegen der Kandidatenliste in der Pförtnerie des Rathauses.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Entwicklung des Elbe-Lübeck-Kanals**

Herr Rathcke bittet um Mitteilung, ob seitens der Hansestadt Lübeck Aktivitäten geplant seien, um das Vorhaben der Entwicklung des Elbe-Lübeck-Kanals voran zu treiben. Frau Senatorin Hagen sagt zu, eine Antwort nachzureichen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. den Sachstand des Feuerwehrgerätehauses Kronsforde**

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend den Sachstand zum Feuerwehrgerätehaus Kronsforde teilt Herr Senator Hinsen mit, dass Fragen hierzu umfangreich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beantwortet worden seien.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland**

Herr Fürter bittet um Mitteilung, inwiefern die Hansestadt Lübeck an den Diskussionen zu der politischen Initiative des Landesinnenministers betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland beteiligt, sowie bereit sei, Flüchtlinge aufzunehmen.

Herr Senator Schindler teilt hierzu mit, dass die Anfrage des Landes an den zuständigen Fachbereich 4 weitergeleitet sei.

Eine Beantwortung der Anfrage erfolge schriftlich.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.12 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. die Terminvereinbarung zur in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.02.2020 beantragten Akteneinsicht**

Unter Bezugnahme auf die vorangegangene Sitzung des Hauptausschusses kritisiert Herr Reinhardt, dass bisher mit ihm noch keine Terminvereinbarung zur beantragten Einsichtnahme erfolgt sei.

Herr Blank teilt hierzu mit, dass sich der Vorgang in der rechtlichen Prüfung befinde. Die Hansestadt Lübeck habe den Vertrag nicht vorliegend. Geprüft werde derzeit, ob eine Einsichtnahme bei der Stadtwerke Lübeck Holding vorzunehmen sei oder eine Übergabe des Vertrages an die Hansestadt Lübeck erfolge.

Herr Reinhardt stellt einen Antrag zur Einsichtnahme in die Akten zum Verfahren der rechtlichen Prüfung.

Herr Bürgermeister Lindenau bittet Herrn Reinhardt diesbezüglich um Kontaktaufnahme mit dem Bereich Recht der Hansestadt Lübeck.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.13 NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. das Stellen von Anträgen auf Akteneinsicht**

Herr Dr. Flasbarth hinterfragt, ob das es gängiges Verfahren sei, das Stellen von Anfragen auf Akteneinsicht im Hauptausschuss zu stellen.

Der Vorsitzende bittet um einen guten, sachlichen und kompetenten Umgang miteinander. Er weist in diesem Zusammenhang auf die noch ausstehende Überarbeitung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft hin, welche in weiten Teilen auch für den Hauptausschuss gelte.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Schaffung einer kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft**  
**Vorlage: VO/2019/08003**

Keine Wortmeldung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine überplanmäßige Bewilligung im Produkt 311001 Grundversorgung und Hilfen SGB XII in Höhe von 1.500.000 EUR**  
**Vorlage: VO/2020/08603**

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Vorhersehbarkeit der Beträge zum Ende des Jahres 2019 teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass es lediglich um eine korrekte Verbuchung der vorliegenden Rechnungen und damit haushaltmäßige Ordnung ginge. Herr Uhlig fügt ergänzend hinzu, dass alles, was im Jahr 2019 rechnerisch angefallen sei, auch in 2019 verbucht werden solle, bevor der Haushalt 2019 für Buchungen geschlossen werde.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Rathcke, Herr Ulig, Herr Bürgermeister Lindenau und der Vorsitzende.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Sachstandsbericht i.S. ehemaliger KGV Am Spargelhof (VO/2019/07265)**  
**Vorlage: VO/2019/08479**

Herr Stolzenberg zitiert aus dem Bericht „offen ist die vertragliche Gestaltung zur Nutzung des Grundstücks“ und regt diesbezüglich an, die Fläche als öffentliche Grünfläche zu gestalten, deren Verkehrssicherungspflicht nicht auf einen Privaten übertragen werde.

Herr Senator Schindler führt hierzu erläuternd aus, dass die Bemühungen seitens des Vereins ausgehen, die Fläche in Eigenregie zu gestalten. Ein Auftrag der Bürgerschaft, dass diese Fläche zu einer öffentlich Grünfläche umzugestaltet sei, liege nicht vor. Das anliegende Konzept sei nicht die Vorstellung der Verwaltung, sondern der Umsetzungswunsch des Vereins.

Herr Reinhardt verweist auf noch offene Gespräche des Vereins mit der Verwaltung, sowie die demnächst anstehende Jahreshauptversammlung des Vereins, auf welcher vorgesehen sei, offene rechtliche Aspekte zu klären. Im Anschluss an dieses erwarte Herr Reinhardt einen erneuten Bericht.

Frau Jansen merkt an, dass die Übernahme der Verkehrssicherungspflicht eine hohe Verantwortung für einen solch kleinen Verein darstelle.

Auf Nachfrage von Herrn Steffen teilt Frau Jansen mit, dass der Verein schätzungsweise über 20 Mitglieder verfüge.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4    Aktueller Planungsstand zum Bauvorhaben "Neugestaltung Travepromenade"  
Vorlage: VO/2019/08465**

Keine Wortmeldung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5    Beschlussvorlagen**

**zu 5.1    Jahresabschluss 2013 der Stiftung Haus der Jugend**

Herr Bürgermeister Lindenau informiert in diesem Zusammenhang darüber, dass in der Verwaltung die Organisation der kleineren Stiftungen neu verortet werde. Bisher sei es, dass die kleineren Stiftungen den jeweiligen Fachbereichen zugeordnet seien mit relativ viel Aufwand, da die einzelnen Mitarbeiter:innen einzeln geschult werden mussten. Mit Ausnahme der Kulturstiftung werden die kleineren Stiftungen der Stiftungsverwaltung im Fachbereich 2 zugeordnet, sodass eine einheitliche Sachbearbeitung erfolge.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2013 der Stiftung Haus der Jugend mit einem Jahresüberschuss von 4.410,60 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S.H i.V.m. §17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.
2. Dieser Jahresüberschuss wird in 2014 der Ergebnisrücklage zugeführt.
3. Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 05.12.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/08326) wird zur Kenntnis genommen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Jahresabschluss 2012 der Stiftung Vereinigte Testamente  
Vorlage: VO/2019/08477**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

- 1) *Der Jahresabschluss 2012 der Stiftung „Vereinigte Testamente“ mit einem Jahresüberschuss von 82.740,52 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.*
- 2) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (= 33.096,21 €) der *Freien Rücklage* sowie der *Zweckrücklage* (= 49.644,31 €) zugeführt.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 05.12.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/08327) wird zur Kenntnis genommen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

<b>als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Wahl einer Schiedsfrau im Bereich der Hansestadt Lübeck, Bezirk XII (Moisling)**  
**Vorlage: VO/2020/08617**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Frau Angelika Krüger, Am Dorfteich 11, 23560 Lübeck wird für fünf Jahre als Schiedsfrau für den Bezirk XII (Moisling) gewählt.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 17. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung**  
**16. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck**  
**Vorlage: VO/2020/08573**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die als Anlage 1 beigefügte 17. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung und die als Anlage 2 beigefügte 16. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck werden beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Vorlage "Benutzungs- und Gebührensatzung für Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck"**  
**Vorlage: VO/2019/08454**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die als Anlage 2 beigefügte „Benutzungs- und Gebührensatzung für Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck“ wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Anschluss- und Ausbaubeiträgen der Hansestadt Lübeck**  
**Vorlage: VO/2019/08498**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vorgezogen und erfolgte im Anschluss an TOP 2.1 -

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Anschluss- und Ausbaubeiträgen der Hansestadt Lübeck (Anschluss- und Ausbaubeitragssatzung – ABS) wird in der Fassung der **Anlage 1** beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet der Lübecker Altstadt und zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Erhaltung baulicher Anlagen im Stadtteil Innenstadt (Gebiet Altstadt) vom 28.02.1979**  
**Vorlage: VO/2019/08462**

**Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung zum Entwurf der Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet der Lübecker Altstadt abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt. Diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, sind von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) wird die Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet der Lübecker Altstadt in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen. Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.
3. Aufgrund des § 172 Abs. 1 BauGB wird die Satzung zur zweiten Änderung der Satzung über die Erhaltung baulicher Anlagen im Stadtteil Innenstadt (Gebiet Altstadt) vom 28.02.1979 in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) beschlossen. Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlagen 5) gebilligt.
4. Die Satzungsbeschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis in <u>geänderter</u> Fassung als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7.1 Austausch Antrag AM Prieur (CDU): Änderungsantrag zu VO/2019/08462 Erhaltungssatzung Lübecker Altstadt  
Vorlage: VO/2020/08730-01**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zum zuvor eingereichten Änderungsantrag noch ein Austausch Antrag eingereicht worden sei. Dieser liegt den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vor.

Herr Prieur verweist auf den im August 2018 mehrheitlich gefassten Bürgerschaftsbeschluss, welcher die Ordnung der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen mit Hilfe einer neuen Satzung vorgesehen habe. Der Satzungsentwurf sei Ende 2018 von der Verwaltung vorgelegt worden. Nach Ansicht der CDU-Fraktion sei der Umgriff der Satzung zu weit gefasst worden, da diese nicht nur das Verbot einer Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen vorsehe, sondern die Umnutzung von Wohnraum in jegliche gewerbliche Nutzung ausschließe. Es werde daher mit dem vorliegenden Änderungsantrag ein Vorschlag zur Abgrenzung unterbreitet. Es soll sichergestellt werden, dass aus Wohnraum Gewerberaum ent-

stehen könne. Gleichzeitig solle ausgeschlossen werden, dass eine Umnutzung von Gewerberaum in Ferienwohnungen erfolge.

Es sprechen im weiteren Verlauf Frau Zunft und Herr Prieur.

Auf Nachfrage von Herrn Fürter betreffend die Veränderung zu bereits geltendem Recht führt Herr Bresch erläuternd aus, dass die zweite Änderungssatzung im Vergleich zu der Satzung von 1979/1988 eine räumliche Erweiterung von bisher nur betroffenen Kleinwohnhäusern auf zukünftig alle Gebäude vorsehe.

Frau Senatorin Hagen erläutert auf Nachfrage von Frau Duggen, dass die intensive Befassung mit der Thematik der gewerblichen Nutzung in der Begründung darauf zurückzuführen sei, dass Ferienwohnen eine gewerbliche Nutzung darstelle und daher die Fragestellung zu betrachten sei, wie sich das Wohnen und Arbeiten unter einem Dach in der Altstadt in Zukunft darstelle, wenn das Ferienwohnen einer Regelung unterzogen werde.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Rathcke und der Vorsitzende.

*- Herr Steffen verlässt die Sitzung -*

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg teilt Frau Voskuhl mit, dass es aus rechtlicher Sicht gut vertretbar sei, um den Schutzzweck einer solchen Erhaltungssatzung effektiv verfolgen zu können, die Genehmigungspflicht zu beschränken auf die Ferienwohnungsnutzung.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - Herr Dr. Flasbarth, Herr Prieur, Herr Krause, Herr Bresch und Herr Fürter.

Frau Senatorin Hagen merkt abschließend an, dass Nutzungsänderungen genehmigungspflichtig seien.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Satzungsentwurf wird wie folgt geändert:

1. Der Satzungswortlaut soll in § 2 Absatz 1 soll lauten: „Zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bedürfen der Rückbau, der Änderung sowie die Nutzungsänderung in Ferienwohnung (i. S. der BauNVo) von baulichen Anlagen im Geltungsbereich dieser Satzung der Genehmigung nach § 172 BauGB, wenn davon Wohnungen betroffen sind. Diese Genehmigungspflicht besteht auch für die Nutzungsänderungen von baulichen Anlagen mit sonstiger gewerblicher Nutzung in Ferienwohnungen, wenn die sonstige gewerbliche Nutzung nach Inkrafttreten dieser Satzung aus Wohnnutzung entstanden ist. Die Genehmigungspflicht besteht nicht für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die gemäß Landesbauordnung verfahrensfrei gestellt sind. Keine Genehmigungspflicht besteht zudem, wenn neuer oder zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird.“
2. In der Begründung der Satzung soll es in Ziffer 1.2, letzter Absatz heißen: „Um den Charakter der Altstadt als historisch belegten Wohn- und Arbeitsort für dort lebende und arbeitende Bewohner zu wahren und Wohnraum mit deren Bewohnern vor einer Verdrängung durch die Ferienwohnungsnutzung zu schützen, ist die Aufstellung einer neuen, eigenständigen Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB erforderlich.“
3. In Ziffer 3 der Begründung, Satz 1 ist ersatzlos zu streichen: „und anderen gewerblichen Nutzungen.“
4. In Ziffer 5 der Begründung ist zu streichen: „Bei der Umnutzung von Wohnungen in Büros oder sonstige Dienstleistungsnutzung ... bis Ende des Absatzes (... geschaffen werden muss.)“

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8      Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme "Ausbau der Grapengießerstraße"  
nördlich der Lohgerberstraße  
Vorlage: VO/2019/08464**

Herr Leber führt erläuternd aus, dass sich die Freigabe der Maßnahme auf einen B-Plan aus dem Jahr 2007 beziehe. Es ginge darum, eine Situation zu schaffen, wie sie dem Standard entspreche. Herr Leber plädiert dazu, die Entscheidung des Bauausschusses zu überdenken und der Vorlage zuzustimmen.

**Beschluss:**

Der Ausbau der Grapengießerstraße nördlich der Lohgerberstraße soll auf einem ca. 250 m langen Abschnitt wie vorgeschlagen baulich umgesetzt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.9      Projektfreigabe zur Umsetzung eines Anbaus an die Werkstatthalle der Emil-  
Possehl-Schule, Georg-Kerschensteiner-Straße 27 in 23554 Lübeck, über  
175.000,- EUR  
Vorlage: VO/2020/08576**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung eines Anbaus an die Werkstatthalle der Emil-Possehl-Schule wird auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau mit den aktualisierten Baukosten in Höhe von 665.000,-- € begonnen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
Kenntnisnahme		

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.10 BW 136 Holstenhafenbrücke Instandsetzung - Projektfreigabe**  
**Vorlage: VO/2020/08580**

Herr Simon weist darauf hin, dass sich die Baumaßnahme auf die Weihnachtszeit erstrecke mit Auswirkungen auf die Besucher und bittet daher um Mitteilung, ob die Möglichkeit eine Provisoriums geprüft worden sei.

Frau Senatorin Hagen führt hierzu aus, dass die Möglichkeit eines Provisoriums nicht geprüft worden sei, da es sich hierbei um ein schiffbares Gewässer handle, welches befahrbar sein müsse und daher die Errichtung einer Pontonbrücke nicht umsetzbar sei.

Herr Bürgermeister Lindenau merkt als positiven Effekt an, dass die Besucher über den neu gestalteten Drehbrückenplatz in die Altstadt geleitet werden.

**Beschluss:**

Das Projekt „BW 136 Holstenhafenbrücke Instandsetzung“ wird freigegeben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.11 BW 047 Bahnhofsbrücke - Ertüchtigung Lohmühle: Projektfreigabe und Aufhebung eines Sperrvermerkes**  
**Vorlage: VO/2020/08586**

Auf Nachfrage von Herr Stolzenberg teilt Frau Senatorin Hage mit, dass die Maßnahme keine Verschlechterung der Situation für den Radverkehr darstelle. Ob der Runde Tisch die Maßnahme diskutiert habe, ist Frau Senatorin Hagen nicht bekannt. Sie werde dieses beim nächsten Runden Tisch am 03.03.2020 klären und ggf. die Maßnahme einbringen.

Weiterhin sagt Frau Senatorin Hagen auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg eine Klärung zu, welche Bäume genau von der Fällung betroffen seien.

Von dem durch Herrn Stolzenberg unterbreitetet Vorschlag der Vornahme der Ersatzpflanzungen auf dem Gelände des Kleingartenanlage am Struckbach regt Frau Senatorin Hagen an, bis zur generellen Klärung der weiteren Situation dieser Fläche, Abstand zu nehmen.

**Beschluss:**

- 1) Das Projekt „BW47 Bahnhofsbrücke – Ertüchtigung Bei der Lohmühle“ wird vorbehaltlich der Aufhebung des Sperrvermerks (Beschluss 2) freigegeben.
- 2) Der bei dem Produktsachkonto 542001.144.7852000 - Kreisstraßen, Bei der Lohmühle/ Abbieger, Tiefbaumaßnahmen - bestehende Sperrvermerk gem. §12 Abs .2 GemHVO-Doppik für das Haushaltsjahr 2020 wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 2.100.000,00 EUR werden gleichzeitig freigegeben.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.12 BW 045 Josephinenstraßenbrücke II Überbauerneuerung - Projektfortführung**  
**Vorlage: VO/2020/08587**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Das Projekt „BW 045 Josephinenstraßenbrücke II Überbauerneuerung“ wird fortgeführt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.13 Austauschvorlage zur VO/2019/08473: Vergabe der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr in der Hansestadt Lübeck (ÖPNV) Hier: öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)**  
**Vorlage: VO/2020/08633**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL) wird für die Dauer von zehn Jahren vom 10.06.2020 bis zum 09.06.2030 mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen des übrigen öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehrs (ÖSPV) im Gebiet der Hansestadt Lübeck (HL) im Wege der Inhouse-Vergabe (Direktvergabe) eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) betraut. Die Betrauung mittels Direktvergabe umfasst auch die von der SL in den Gebieten der mitbedienten Aufgabenträger (Kreis Stormarn, Kreis Herzogtum Lauenburg, Kreis Ostholstein, Kreis Nordwestmecklenburg) zu erbringenden Betriebsleistungen auf Grundlage der hierzu eingeholten Zustimmungserklärungen bzw. Vereinbarungen.
2. Die Bestandsbetrauung für das Gebiet der Hansestadt Lübeck zugunsten der SL und der Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH (LVG) bleibt bis zu Ihrem Laufzeitende bestehen, soweit sie nicht durch die Betrauung gem. vorstehend Ziff.

1 vorzeitig abgelöst wird.

3. Der Umfang der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ergibt sich aus dem Entwurf des öDA (Anlage 1 und Anlage 5 dieser Vorlage), aus dem Inhalt des 4. Regionalen Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck (4. RNVP – Beschluss VO/2018/06248) sowie der Vorabbekanntmachung (VAB) (Amtsblatt der EU, ABl.: 2019/S 046-106628 vom 06.03.2019, entspricht dem Beschluss der Bürgerschaft aus der VO /2019/07044) veröffentlichten Anforderungen an die Leistungserbringung.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle für die Durchführung und Umsetzung der Direktvergabe an die SL erforderlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen durchzuführen.
5. Die Hansestadt Lübeck beschließt die Inhalte des öDA unter dem Vorbehalt des Ablaufs der vorgeschriebenen Wartefrist nach der Vorabbekanntmachung nach Art. 7 Abs. 2 VO 1370 am 08.03.2020, zugleich werden ab dann die Vertreterinnen und Vertreter der Hansestadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (SWLH) beauftragt, die Geschäftsführung der SL anzuweisen, diesen Bürgerschaftsbeschluss verbindlich zu beachten. Der Beschluss der Bürgerschaft und die Beauftragung stehen des Weiteren unter der aufschiebenden Bedingung eines positiven Bescheides auf Erteilung der verbindlichen Auskunft auf die Anfrage der SL beim Finanzamt vom 22.11.2019 zum Erhalt des steuerlichen Querverbundes.
6. Die Hansestadt Lübeck gewährt der SL gemäß § 8a Absatz 8 PBefG zum Schutz des betrauten Verkehrsangebots mit Wirkung zum 10.06.2020 das ausschließliche Recht, auf dem durch die Anlage 1 des öDA ausgewiesenen Liniennetz für die Laufzeit dieses Dienstleistungsauftrags, wonach eine zeitlich-räumliche parallele Verkehrsbedienung durch Dritte untersagt ist. Das ausschließliche Recht ist nach folgenden Maßgaben durchzuführen:
  - a) Der räumliche Geltungsbereich des ausschließlichen Rechts ist begrenzt auf das Gebiet der Hansestadt Lübeck.
  - b) Der zeitliche Geltungsbereich des ausschließlichen Rechts ist begrenzt auf die den Genehmigungen zugrunde liegenden Betriebszeiten (§ 5 Abs. 1 des öDA sowie Anlage 1.2.1 zum öDA).

Die Ausschließlichkeit beinhaltet das Verbot für andere Verkehrsunternehmen, Linienverkehre im ÖSPV mit Straßenbahnen oder Bussen als Genehmigungsinhaber oder Betriebsführer gemäß PBefG im zeitlich-räumlichen Geltungsbereich durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 6      Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
--

Es liegt nichts vor.

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

Es liegt nichts vor.

**zu 8 Gleichstellung**

Es liegt nichts vor.

**zu 9 Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 10 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:53 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:54 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil Vorlagen des Bürgermeisters behandelt wurde.

Lübeck, den 6. März 2020

Peter Petereit

Nadine Markmann

Vorsitzende/r

Protokollführung